Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford. **für Stadt und Land** Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83

Die Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4jährl. 1.80 M., bei Postbezug 1.50 M. u. Bestellgeld. Ausgabe B, mit „Leben im Bild", 30 Pf. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford, Oeynhausen u. Amt Rehme 15 Pf., sonst 18 Pf.

Regelmäßige unentgeltliche Beilagen: *Herforder Erzähler* (täglich), *Am Pflug* (monatlich zweimal), *Haus und Hof* (monatlich zweimal), *Fabrik und Handwerk* (monatlich einmal), *Für Jäger und Naturfreunde* (monatlich einmal), *Mode für Alle* (monatlich zweimal).

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 65 — Herford, Freitag, den 17. März — 1916

Untergang eines holländischen Dampfers.

Torpedo oder Mine?

Amsterdam, 16. März. Die Blätter melden: Nach einem drahtlosen Telegramm befindet sich der Dampfer „Tubantia" des Holländischen Lloyd beim Noordhinder Leuchtschiff in sinkendem Zustande. Einzelheiten fehlen.

Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Rotterdam vom 16. März: Soeben traf die drahtlose Meldung ein, daß der Dampfer „Tubantia" torpediert wurde und sich auf 51 Grad 46 Minuten Nord und 2 Grad 45 Minuten Ost in sinkendem Zustande befindet. Aus Hoek van Holland wird noch berichtet, daß ein Dampfrettungsboot ausgefahren ist, um dem sinkenden Dampfer beizustehen. Zu demselben Zweck fahren aus Vlissingen Torpedoboote aus.

Es ist höchstwahrscheinlich, daß der Dampfer „Tubantia" nicht torpediert, sondern auf eine Mine gelaufen ist. Es handelt sich um einen der größten und neuesten holländischen Passagierdampfer. Er ist 15 000 Br.-Reg.-Tonnen groß und im Jahre 1913 vom Stapel gelaufen. Der Dampfer verkehrt zwischen Holland und Südamerika und befand sich auf der Ausreise von Amsterdam.

Haag, 16. März. Ueber den Untergang des holländischen Dampfers „Tubantia" liegen noch folgende Meldungen vor. „Tubantia", ein 13 911 Tonnen großer Dampfer, hatte 87 Fahrgäste und 294 Mann Besatzung an Bord. Bei der Direktion des holländischen Lloyds lief heute morgen ein Bericht des Kapitäns ein, wonach der Dampfer torpediert worden sei. Nach einer anderen Meldung soll er auf eine Mine gelaufen sein. Ein Telegramm aus Ymuiden besagt, daß das Schiff sich in sinkendem Zustande befindet. Die Fahrgäste wurden in die Boote gebracht. Ein Teil der Besatzung befindet sich noch an Bord. An der Unglücksstelle befinden sich ein Dampfer aus Vlissingen, drei Torpedoboote der holländischen Marine, ein Schleppdampfer und der holländische Dampfer „Krakatau". Nach einem weiteren Bericht des Kapitäns wurde das Schiff heute früh um 2 Uhr 30 Min. torpediert. Es erfolgte eine sehr lebhafte Explosion, wodurch an Bord alles in Stücke gerissen wurde. Ein Teil der Besatzung blieb bis 4 Uhr 30 Min. an Bord, mußte sich dann aber auch in die Boote begeben, da der Untergang des Schiffes bevorstand. Der Dampfer war mit 1 300 000 Gulden versichert. In einem weiteren Telegramm wird gemeldet, daß der Dampfer inzwischen gesunken ist.

Amsterdam, 16. März. „Handelsblad" erfährt, daß sich einige Torpedoboote mit Schiffbrüchigen der „Tubantia" auf dem Wege nach Vlissingen befinden. Um ¾1 Uhr ist das erste Torpedoboot mit 65 Mann von der Besatzung angekommen. Die „Tubantia" hatte Post an Bord und führte ungefähr 700 Tonnen Ladung, die aus Stückgütern bestand. Nach einem beim Marineministerium eingetroffenen Bericht ist die „Tubantia" zwei Meilen östlich von Leuchtschiff Noordhinder gesunken. — Aus Ymuiden wird gemeldet, daß die Beamten, die bei der Ausklarierung des Dampfers an Bord der „Tubantia" waren, erklären, daß sich keine Nordamerikaner an Bord befanden. Unter den Passagieren seien vier Brasilianer, ein Schweizer, ein Russe und einige Chilenen gewesen.

Anklage gegen den früheren russischen Kriegsminister.

Petersburg, 16. März. (Petersb. Tel.-Ag.) **Ein vom Zaren eingesetzter oberster Ausschuß zur Untersuchung der Ursachen, die den Munitionsmangel herbeigeführt haben, entschloß sich, den ehemaligen Kriegsminister Suchomlinow wegen ungesetzlicher Handlungen vor den Gerichtshof des Reichsrats zu stellen. Der Zar hat den Beschluß des Ausschusses gebilligt.**

*

Mit dieser Handlung rüstet sich die strafende Gerechtigkeit, den Mann zu fassen, der an dem Ausbruch des Weltbrandes an entscheidenster Stelle mit gewirkt hat. Die russische Gesellschaft, bis in die dem Zaren nahestehenden Kreise hinauf, war bis zum 29. Juli des Schicksalsjahres 1914 davon überzeugt, daß es nicht zum Kriege kommen würde. Die kopflose Flucht, in der die gerade in dem Jahr außerordentlich zahlreichen russischen Badegäste Homburg, Kissingen und Nauheim verlassen mußten, wie auch die Tatsache, daß so gut informierte Männer wie selbst Graf Witte und der Armeekommandeur Brussilow von der plötzlichen Zuspitzung der Verhältnisse zwischen dem 29. und 31. Juli völlig überrascht wurden, deuten darauf hin, daß man weiterhin auf eine friedliche Entwicklung der Dinge rechnete, bis in jenen entscheidenden Stunden Kräfte das Spiel zu dem furchtbaren Ausgang trieben, die zwar heute noch nicht entschleiert sind, unter denen aber der Kriegsminister Suchomlinow eine führende Stellung einnahm. Sein Gutachten, die russische Armee sei schlagfertig und völlig gerüstet, war es ja, das den Ausschlag für die zum Kriege führende Stellungnahme Sasonows und des Zaren gab. In diesem Urteil lag aber eine ungeheure Verschuldung, da es den Tatsachen nicht entsprach und daher eine absichtsvolle Lüge darstellt. An diesen Mann wird sich deshalb die Geschichte auf der Suche nach dem Schuldigen am Weltbrand halten müssen, bis die Hintermänner entlarvt sind, auf die gestützt und von denen getrieben er seine Antwort auf Sasonows Frage gab. Daß sie nicht gar weit von der Umgebung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zu finden sein werden, dürfte bei den innigen Beziehungen, in denen Suchomlinow zu diesem als seinem einflußreichen Förderer und Gönner stand, wahrscheinlich sein.

Bauernrevolte in Rumänien.

Frankfurt a. M., 16. März. Der „Frankf. Ztg." zufolge meldet die Bukarester „Minerva" über eine im Bezirk Baslui ausgebrochene Bauernrevolte. Die Bauern stürmten die Präfektur, weil man ihnen den für diesen Monat zugesagten Mais nicht geliefert hatte. Zahlreiche Bauern wurden verhaftet. Das Regierungsorgan „Viitorul" setzt der Nachricht ein schwaches Dementi entgegen und behauptet, es handele sich nur um eine unbedeutende Bewegung.

Deutsches Flugzeug über der englischen Küste.

Amsterdam, 16. März. Exchange Telegraphen-Company melden: Ein deutsches Wasserflugzeug wurde am Sonntag Mittag auf der Höhe von North Foreland gesichtet. Englische Maschinen stiegen in Dover auf, um die Verfolgung aufzunehmen. Das Wasserflugzeug, das zuerst landwärts flog, kehrte zur offenen See zurück. (North Foreland liegt an der Westspitze von Kent, einige Kilometer nördlich von Ramsgate.)

Die Franzosen im Achilleion.

Athen, 16. März. Am 28. Februar wurden lt. „Voss. Ztg." in Saloniki 4000 aus Mytilene gekommene Franzosen gelandet. Wie „Nea Himera" meldet, sollen demnächst alle noch auf Mytilene zurückgebliebenen Kräfte der Verbündeten nach Saloniki befördert werden. Das Blatt „Kaeri" schreibt: „Nach sicheren Meldungen aus Korfu hat die französische Streitmacht, die nach dem Achilleion geschickt wurde, beide Paläste, den kleinen und den großen, besetzt. Der kleine ist zu einem Lazarett hergerichtet worden. Die Besatzung des Achilleion ist verhältnismäßig klein. Letzthin öffneten die Franzosen einige Depots des Achilleion, in denen sich die Automobile des Kaisers befanden. Sie photographierten sie sowie andere Gegenstände, die in den Depots verwahrt sind. Es ist nicht bekannt, ob die kaiserlichen Automobile benutzt werden oder ob man sie wieder an ihren Platz gebracht hat. „Neon Asti" erzählt aus der Unterredung zwischen dem General Sarrail und König Konstantin folgendes Bruchstück: Sarrail hob die Bedeutung der um Saloniki hergerichteten Befestigungen hervor und bezeichnete sie als uneinnehmbar. Der König fragte: „Sind Sie dessen so sicher?" Sarrail erwiderte: „Sowohl Majestät, die Befestigungen werden jedem Angriff standhalten, außer vielleicht dem der schweren Artillerie." Der König antwortete bezeichnend: „Es ist also eine Frage der schweren Artillerie."

Gesteigerte Artillerietätigkeit in Flandern.

WTB. **Großes Hauptquartier,** 16. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern, besonders in der Nähe der Küste, nahmen die Artilleriekämpfe merklich an Heftigkeit zu. Sie steigerten sich auch in der Gegend von Roye und Ville aux Bois (nordwestlich von Reims).

In der Champagne machten die Franzosen nach starker, aber unwirksamer Artillerie-Vorbereitung gänzlich erfolglose Angriffe auf unsere Stellungen südlich von Souplet und westlich der Straße Somme-Py-Souain, die uns wenige, ihnen sehr zahlreiche Leute kosteten. Wir nahmen außerdem dabei 2 Offiziere, 150 unverwundet gefangen und erbeuteten 2 Maschinengewehre.

Links der Maas sind weitere Versuche des Feindes, uns den Besitz der Höhe „Toter Mann" und der Waldstellungen nordöstlich davon streitig zu machen, im Keime erstickt worden. Zwischen Maas und Mosel hat sich die Lage nicht verändert.

Südlich von Nieder-Aspach drangen unsere Patrouillen nach wirkungsvoller Beschießung feindlicher Gräben in diese ein, zerstörten Verteidigungsanlagen und brachten einige Gefangene und Beute mit zurück.

Im Luftkampf wurde ein französisches Flugzeug südöstlich von Beine (Champagne) abgeschossen. Die Insassen sind verbrannt.

Feindliche Flieger wiederholten heute nacht einen Angriff auf deutsche Lazarette in Labry (östlich von Conflans). Der erste Angriff war in der Nacht zum 13. März erfolgt. Militärischer Schaden ist nicht verursacht. Von der Bevölkerung sind eine Frau schwer, eine Frau und zwei Kinder leicht verletzt.

*

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Patrouillenkampf an verschiedenen Stellen der Front. Keine besonderen Ereignisse.

*

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der Wiener Bericht.

Wien, 16. März. **Amtlich wird gemeldet:**

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei der Armee Pflanzer-Baltin und bei der Heeresgruppe Boehm-Ermolli beiderseits erhöhte Artillerietätigkeit.

Nordöstlich von Kozlow an der Strypa wiesen unsere Sicherungstruppen russische Vorstöße ab.

*

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Angriffstätigkeit der Italiener an der Isonzofront war gestern schwächer. Zwei Versuche starker Kräfte, gegen die Podgora-Stellung vorzugehen, wurden durch Artilleriefeuer verhindert. Am Nordrande des Monte San Michele wurde ein feindlicher Angriff blutig abgewiesen. Die Geschützkämpfe dauerten vielfach nachts fort. Auch an der Kärntner-Front hält das Artilleriefeuer im Fella-Abschnitt an.

*

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der stellvertretende Chef des Generalstabes:
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der französische Bericht.

Paris, 16. März. Amtlicher Bericht vom Mittwoch nachmittag: Westlich der Maas machte der Feind im Laufe der Nacht keinen neuen Angriffsversuch. Auf der Front zwischen Bethincourt und Cumieres gelang es uns, durch Patrouillenangriffe und Handgranatenkämpfe die gestern vom Feinde an der Höhe 265 besetzten Grabenstücke teilweise zurückzunehmen. Wir halten Bethincourt, die Höhe „Toter Mann", den Südrand des Waldes von Cumieres und das Dorf Cumieres. Im ganzen Abschnitt hielt die Beschießung lebhaft an und wurde von unserer Artillerie kräftig bekämpft. Vom rechten Maasufer ist nichts Wichtiges zu melden, ebenso aus der Woevre, wo die beiderseitige Beschießung zeitweilig aussetzte. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Amtlicher Bericht vom Mittwochabend. In Belgien beschossen wir wirksam feindliche Schützengräben in der Gegend von Het Sas und Langemarck. Nördlich der Aisne haben wir die Zugänge von Ville aux Bois beschossen. Ein von uns in der Champagne auf die deutschen Stellungen südlich von St. Souplet unternommener Angriff gestattete uns, feindliche Schützengräben zu besetzen und einige Gefangene zu machen. Westlich der Maas hat die Beschießung im Laufe des Tages merklich nachgelassen. An der Front Bethincourt Cumieres wird keinerlei Infanterietätigkeit gemeldet. Auf dem rechten Maasufer ziemlich lebhafte Tätigkeit in der Gegend von Vaux und Damloup. Einige Scharmützel mit Handgranaten fanden von seiten unserer vorgeschobenen Abteilungen auf den Abhängen östlich des Forts von Vaux statt. In der Woevre Beschießung der Dörfer am Fuße der Maashöhen. Unsere Artillerie ist an der gesamten Front sehr tätig, besonders östlich des Fresnes-Gehölzes in der Woevre, wo unser Feuer eine starke Explosion bei der deutschen Batterie hervorrief.

*

Belgischer Bericht: Abgesehen von beiderseitiger Beschießung in der Gegend nördlich von Peroyse ist nichts von der Front der belgischen Armee zu melden.

Zur Verabschiedung des Admirals v. Tirpitz.

In Kriegszeiten können Personal-Veränderungen, die sich an den höchsten Stellen der Reichsleitung vollziehen, nicht zum Gegenstand des Meinungen-Kampfes gemacht werden. Denn solche Diskussion würde dem Vertrauen widersprechen, das der obersten Leitung des Krieges von den August-Tagen des Jahres 1914 bis zur gegenwärtigen Stunde geschenkt worden ist. Erfolge, wie sie nur den deutschen Waffen zu Lande und zu Wasser beschieden gewesen sind, haben diesem Vertrauen immer wieder Nahrung gegeben.

Vertrauen bewährt sich gerade in solchen Stunden, bemerkt das „Hamburger Fremdenblatt" zutreffend, in denen wir die Schritte und Entschließungen der Regierenden nach ihren Motiven und Zielen nicht verstehen. So ist es jetzt mit dem Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz. Er kommt dem deutschen Volk überraschend, wird in weiten Kreisen Bestürzung erregen. Denn Tirpitz war bis heute eine der Säulen, auf denen Deutschlands kriegerische Durchschlagskraft zu beruhen schien. Wir Deutschen sind für Personen-Kultus nicht besonders lebhaft disponiert. Es dauert bei uns lange, bis im politischen Leben eine Persönlichkeit als die lebende Verkörperung einer Idee bis in die breitesten Schichten des Volkes bekannt wird. Tirpitz gehört in die kleine Schar der wahrhaft volkstümlich gewordenen Staatsmänner. In ihm verehrte Deutschland den Gründer seiner großen Flotte, groß nicht nur durch die Zahl der Schiffe, sondern vor allem durch den unwiderstehlichen Angriffs-Geist, der ihre Angehörigen alle beseelt. Wir haben im Laufe des Krieges reichlich, überreichlich Anlaß gehabt, deutsches Seeheldentum dankbaren Herzens mit Begeisterung zu feiern. Nicht aus nationaler Eitelkeit, nicht des glänzenden Sports wegen. Sondern das Wirken seemännischen Pflichtgefühls durch alle Reihen, vom Führer bis zum jüngsten Matrosen, war die Grundlage der die Herzen erhebenden Erfolge. Bei den glänzenden Taten der Kreuzer, wie der U-Boote war nie etwas dem Zufall, dem Glück überlassen. Es geschah jederzeit das Richtige, es wurde immer das Maximum der Leistungsfähigkeit erreicht. Das wuchs aus dem Geist der deutschen Flotte heraus. Und zu diesem Geist hat Tirpitz unsere Seeoffiziere und Mannschaften erzogen. Wurde in England der Haß und Neid, den gewaltige Leistungen der deutschen Flotte hervorriefen, auf eine einzelne Persönlichkeit gelenkt, so war immer Tirpitz das Objekt der giftigsten Angriffe. Aber um ihn scharte sich dann immer wieder das ganze nationale Deutschland und rief dem Ausland zu: Ja, es ist unser Tirpitz, dem wir die herrlichen Leistungen der Flotte verdanken.

Wenn das Wachsen der deutschen Flotte zu denjenigen Elementen gehört, die in England den Haß gegen Deutschland erregt und daher mittelbar eine Ursache zu diesem Krieg gebildet haben,

so könnte auf das Wirken des Staatssekretärs v. Tirpitz der Ausbruch des europäischen Krieges zum Teil zurückgeführt werden. Aber auch solche Verantwortung würde er nicht zu scheuen haben, denn sie ist nun einmal untrennbar verbunden mit dem Wirken aller derjenigen, die zu Führern auf den Wegen zum Ausbau nationaler Wehrkraft berufen sind. Tirpitz könnte für den heutigen Krieg nicht anders verantwortlich gemacht werden als etwa Roon für die Kämpfe von 1866 und 1870. Er hatte nun einmal die einseitige Aufgabe, Deutschlands Seewehr zur höchsten Leistungsfähigkeit zu entwickeln. Die Erfolge, zu denen er uns geführt hat, mußten selbstverständlich die Eifersucht des die Seeherrschaft beanspruchenden Volkes erwecken. Das konnte ihn aber nicht hindern, seine Aufgabe zum Aeußersten durchzuführen, solange sie vom Kaiser und Kanzler in seinen Händen belassen wurde. Die politische Verantwortung für die Wirkungen, die sich aus dem von ihm geleiteten Ausbau der Flotte ergaben, hat immer auf den Schultern des Reichskanzlers gelegen. Und wir meinen, diese Verantwortung konnte leicht getragen werden. Denn was wäre aus Deutschland geworden, wenn es zur See nicht ebenso wehrfähig, nicht ebenso vom ersten Range gewesen wäre wie zu Lande. Daß der furchtbare Feind unseren Küsten ferngeblieben ist, das haben wir der Arbeit des Admirals v. Tirpitz zu danken, der nie nach rechts oder links geschaut hat, sondern immer nur den graden, oftmals rauhen Weg der Pflicht gegangen ist.

Aus diesen Andeutungen ergibt sich, daß wir den Rücktritt dieses unseres berühmten Großadmirals tief bedauern. Ihn mit Differenzen über den U-Boot-Krieg in Verbindung zu bringen, läge ganz nahe. Wir sehen aber diese Differenzen nirgend klar zum Ausdruck kommen. Die Gründe, die den Staatssekretär v. Tirpitz zum Rücktritt bewogen haben, liegen im Dunkel. Die Krankheit, von der letzter Tage berichtet wurde, ist sicherlich nicht das Entscheidende gewesen, wenn sie auch mitgewirkt haben mag, seinen Rücktritt zu beschleunigen. Vielleicht werden wir vom Reichskanzler, der für alle Veränderungen in den hohen Reichsstellen verantwortlich ist, Näheres hören.

Für heute sei alles Denken und Empfinden, alle Wärme in den Dank gelegt, der dem bewährten Großadmiral beim Scheiden von einem mit glänzendem Erfolg bekleideten Amte im ganzen deutschen Volk dargebracht wird. Mit Sorge und Trauer sehen wir ihn gerade jetzt die Leitung der Marine-Verwaltung aus der Hand geben. Wird zwar auch sein Nachfolger, Admiral v. Capelle, mit sicherer Hand das Steuer führen, so erschüttert uns doch im ersten Augenblick das Verschwinden des uns vertraut gewordenen Gestalt. Mit Wehmut und Sehnsucht werden wir ihn noch lange dort suchen, wo er gewirkt hat, zur Sicherheit und Ehre des deutschen Vaterlandes, ein ganzer Mann von echter deutscher Art.

Herford und Minden-Ravensberg.

17. März.

Errichtung einer Westfälischen Kriegshilfskasse.

Den schweren Schädigungen der selbständigen Gewerbetreibenden entgegenzuwirken und ihnen durch billigen Kredit wieder aufzuhelfen, ist als Pflicht des Staates und der Selbstverwaltungen allenthalben anerkannt worden. In einem Erlaß vom 30. Dezember vorigen Jahres haben die Minister für Handel und Gewerbe, des Innern und der Finanzen, sowie die Handels- und Gewerbeverwaltungen in einer Denkschrift ausführlich dargelegt, wie notwendig es ist, den selbständigen Gewerbetreibenden wieder zu einer Existenz zu verhelfen. Daß schon jetzt die Mittel und Bedingungen erwogen werden, unter denen eine solche Hilfeleistung gewährleistet werden soll, hat zunächst den Zweck, gerüstet zu sein zum sofortigen Zugreifen, dann aber auch, um den jetzt im Felde stehenden Gewerbetreibenden die Sorge um ihre Zukunft zu nehmen.

Die Durchführung der Hülfe soll in die Hände der großen Selbstverwaltungen, der Provinzen, als den berufenen Vertretern der Geschädigten, gelegt werden. Aehnlich wie die Rheinprovinz, deren Grundzüge der Hilfeleistung von der Regierung als gut und nachahmenswert genehmigt worden sind, auf ihrem letzten Provinziallandtag in Düsseldorf am 30. Januar 1916 die Errichtung einer Kriegshilfskasse beschlossen hat, wird nach dem Westfälischen Provinziallandtag am 19. März eine solche Vorlage zur Beschlußfassung unterbreitet. Die Grundzüge sind ähnlich wie bei der rheinischen:

Die Kasse soll nur dann eintreten, wenn der Kriegsteilnehmer weder aus eigener Kraft sich helfen, noch von anderer Seite eine Unterstützung erlangen kann. Die Unterstützung muß wirtschaftlich sein, d. h. es muß nach der Persönlichkeit des Kriegsteilnehmers und den sonstigen Verhältnissen als wahrscheinlich angenommen werden dürfen, daß es ihm mit ihr gelingen wird, sein Geschäft usw. wieder in einen geregelten, gewinnversprechenden Gang zu bringen. Solche Kriegsteilnehmer also, deren Geschäfte schon vor dem Kriege nicht existenzfähig und mit Schulden überlastet waren, werden im allgemeinen auf eine Unterstützung nicht rechnen dürfen. Die Unterstützungsbeträge werden sich ferner in mäßigen Grenzen (etwa 3000 bis 4000 ℳ) halten müssen. Die Unterstützung soll gewährt werden in der Form von verzinslichen und rückzahlbaren Darlehn. Die Höhe des Zinsfußes wird von Fall zu Fall, auch unter dem allgemeinen Zinsfuß, zu bestimmen sein, dabei wird Zinsfreiheit aber nur ausnahmsweise und auch nur für die ersten Jahre gewährt werden dürfen. Die Rückzahlung soll in der Regel in längstens 10 Jahren erfolgen. Wie den Kriegsteilnehmern selbst, werden auch den Witwen der Gefallenen die Vorteile der Kriegshilfskasse zuzuwenden sein. Aber nicht nur der gewerbliche Mittelstand hat Anrecht auf eine solche Hilfe, auch die in Not geratenen Landwirte und andere Berufe, die ohne eigene Kraft und Mittel nicht wieder erwerbsfähig werden können.

Da in den meisten Fällen eine dingliche Sicherheit nicht wird gewährt werden können, bedarf es in jedem einzelnen Fall einer sorgfältigen Untersuchung aller in Betracht kommenden Verhältnisse. Die Verwaltung der Kasse wird hierbei der Mitwirkung der mit den persönlichen und örtlichen Verhältnissen vertrauten Stellen (Handwerkskammern, Innungen, Kreditgenossenschaften, Gemeindeverwaltungen usw.) nicht entbehren können. Für die Kommunalverbände, denen die Wiederaufrichtung des geschäftlichen und gewerblichen Lebens besonders am Herzen liegen muß, käme die Mithilfe durch Uebernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft in Betracht, da sie durch ihre sonstigen großen Kriegsmaßnahmen kaum imstande sein werden, selbst größere Kredite gewähren zu können.

Der Provinzialausschuß glaubt, daß für Westfalen ein Höchstbetrag der Kasse von drei Millionen Mark genügen werde, um die Aufgaben zu lösen, da Westfalen nur die Hälfte der Einwohnerzahl und des Steuersolls von Rheinland hat, dessen Hilfskasse mit 6 Millionen Mark ausgestattet ist. Von diesem Gesamtkapital von drei Millionen Mark übernehmen Provinz und Staat je 1,5 Millionen Mark. Der Provinzialausschuß wird diesen Betrag entweder durch eine besondere Anleihe oder durch Ausgabe von Wechseln oder von Schatzanweisungen der Provinz, diese mit einer Laufzeit von höchstens 5 Jahren, beschaffen. Die Gesamtschuld ist spätestens in 15 Jahren nach dem Friedensschluß zu tilgen. Der Beitrag, den der Staat leistet, wird vom 1. April 1919 ab in sieben gleichen Jahresbeiträgen zurückgezahlt, mit Ausnahme von 15 v. H., die der Kasse zur Deckung von Ausfällen verbleiben. Neben der Ausstattung der Kasse durch Staat und Provinz wird auch mit Zuwendungen von gemeinnützigen Anstalten, der Verbände und privater Dritter gerechnet. Die Verwaltung der Kriegshilfskasse erfolgt durch die Landesbank. Die Bewilligung von Darlehn geschieht durch den Direktor der Landesbank oder seinen Stellvertreter und zwei von dem Landeshauptmann bestellten oberen Beamten der Landesbank oder der Provinzialverwaltung.

Außer dieser segensreichen Maßnahme zum Besten der Gewerbetreibenden, beabsichtigt der Provinzialausschuß noch eine andere wichtige sozialpolitische Aufgabe zu lösen, die den Haus- und Grundbesitzern helfen will, über die schwere Zeit hinwegzukommen. Der Provinziallandtag soll nämlich auch Beschluß fassen über die Bewilligung zweitstelliger Hypothekenleihanstalten

---

e. **Zweites Musikvereins-Konzert.** In einem sehr gut besuchten Konzertabend im Weinklubsaal hatten wir gestern Gelegenheit, wieder einmal eine Sängerin zu hören, die sich bei uns seit längerer Zeit eines fest gegründeten Ansehens erfreut: Frl. Maria Lühl aus Berlin. Was die junge Künstlerin bot, zeigte von neuem die Vorzüge ihrer feinausgeglichenen, biegsamen Gesangskunst. Zu Anfang sang sie das bekannte Lied von Brahms „Alte Liebe", dessen ruhig-schöne Linie sie stilvoll innezuhalten wußte. Einen ungetrübten Genuß gewährten auch die beiden folgenden Brahms'schen Stücke: „Ade" und „Der Jäger", sowie vor allem Wolfs wie von einem Hauch keuscher Zartheit übergossenes „Wer rief dich denn?". Auch die Lieder von Bach „Willst du dein Herz mir schenken" und das altdeutsche „Rätsellied" waren musikalisch sorgfältig ausgefeilte und klanglich schöne Leistungen. Manchmal fehlte es allerdings an innerer Wärme, an einer aus dem Herzen kommenden Gestaltung. Am besten in dieser Hinsicht gelang das Wiegenlied von Mozart. In diesem von einem wunderbaren Klangzauber erfüllten Stück kamen die lyrischen Fähigkeiten Frl. Lühls zur vollen Geltung, und der Beifall wurde denn auch hiernach besonders gern gespendet.

Der zweite Künstler des Konzerts Herr Alfred Wittenberg aus Berlin zeigte sich gleich in der B-dur-Sonate von Mozart für Violine und Klavier als virtuos entwickelter Geiger. Er ist ein Musiker von seltener Leidenschaftlichkeit, dem es gegeben ist, seine Zuhörer nicht nur zur Bewunderung, sondern zur Ergriffenheit hinzureißen, was sich besonders herausstellte beim Vortrag der Kreutzer-Sonate von Beethoven. Seinem kostbaren Instrument wußte er hierbei Töne von charakteristischer Bestimmtheit und edelstem Wohlklang zu entlocken. Ohne jede Grübelei kam alles aus schönheitserfülltem Künstlerherzen, ausdrucksvoll, durchdacht, frisch zugreifend, alles war innerlich erlebt. Der Vortrag der Kreutzer-Sonate war die Wiedergeburt des Werkes in dem Spieler selbst, für den andächtigen Hörer eine Erbauung und seelische Erhebung. Daß sich Herr Wittenberg hier bei seinem erstmaligen Auftreten eine begeisterte Gemeinde geschaffen hat, wird ihm die warme und ehrliche Zustimmung bewiesen haben.

Die Klavierbegleitung des Geigers lag in den Händen des Herrn Bünte. Er ist bei uns bekannt und geschätzt, und der großen Schar seiner Bewunderer hat er gestern abend neue zugesellt. Was bei diesem Künstler immer wieder so überaus angenehm berührt, ist die echte Einfachheit, die stets die Begleiterin wirklichen Könnens und gediegener Bildung ist. Der Schüler Joachims verfügt über eine brillante, allen Schwierigkeiten gewachsene Technik und über eine prächtige musikalische Empfindung. Ganz im Sinne seines großen Lehrers ist ihm bei allem nur die Musik erstes Gebot. So sympathischen künstlerischen Persönlichkeiten wie Bünte begegnet man in unserer Zeit nicht häufig und darum wird er uns in Herford stets herzlich willkommen sein.

u. **Westfälische Tabakindustrielle gegen die neue Steuervorlage.** Kürzlich fand in Herford eine Versammlung westfälischer Tabakfabrikanten statt, in welcher die neue Steuervorlage ausführlich und eingehend besprochen wurde. Das Ergebnis der Beratungen war die Annahme folgender Entschließung:

„In Erwägung, daß die westfälische Zigarren-Industrie durch jede steuerliche Mehrbelastung des Tabaks ganz besonders schwer getroffen wird, erklären sich die am 15. März 1916 in Herford versammelten Firmen des westfälischen Tabak-Industrie-Bezirks gegen jede steuerliche Mehrbelastung des Tabakgewerbes in seiner Gesamtheit oder einem seiner Zweige während des Krieges. Für eine neue Belastung des Tabaks erscheint der jetzige Zeitpunkt für äußerst ungünstig. Die westfälische Zigarren-Industrie verlor durch die Mehrbelastung des Tabaks im Jahre 1879 die Kleinverkaufspreislagen von 3 und 4 Pfg. das Stück, im Jahre 1909 die 5- und billigere 6-Pfg.-Zigarre, sie würde selbst bei normalen Zeiten, wenn die jetzt geplante Tabaksteuererhöhung in Kraft treten würde, unzweifelhaft die Preislagen von 6 ₰, 7 ₰ und 8 ₰ einbüßen. Der Krieg zeitigte besonders ungünstige Verhältnisse. Die Preise für Rohtabake erreichten eine bisher nie gekannte Höhe. Der Kurs für holländische Gulden stieg von 170 ℳ auf 240 ℳ. Alle Materialien zur Fertigstellung der Ware bis zum Versand wurden erheblich teuerer. Die Arbeitslöhne mußten durch Kriegszulagen aufgebessert werden. Unter diesen Umständen würde der westfälischen Zigarren-Industrie durch eine höhere Belastung des Rohtabaks auch noch die Möglichkeit genommen sein, die 10-₰-, ja sogar die 12-₰-Zigarre herstellen zu können. Die Folge würde die Vernichtung der Existenz einer großen Anzahl von kleinen und mittleren Fabrikanten und ferner die Entlassung zahlloser Zigarrenarbeiter sein. Dieses Unglück zu verhüten zu suchen ist die Pflicht jedes Tabakindustriellen.

g. **Königl. Lehrerseminar.** Vorgestern fand die Aufnahmeprüfung für die Präparandenanstalt statt. Es hatten sich 43 junge Leute gemeldet, von denen 37 die Prüfung bestanden.

= **Neun Millionen Krankenkassenmitglieder.** Trotz dem Kriege waren am 1. Januar 1916 rund neun Millionen Personen in Krankenkassen versichert. Ein schönes Zeichen sozialer Fürsorge. Denn die Krankenkassenversicherung wirkt außerordentlich segensreich. Von diesen neun Millionen Versicherten waren 4 747 613 männlich, 4 019 564 weiblich. Sie waren auf insgesamt 6742 Krankenkassen im Deutschen Reiche verteilt. Davon waren 1828 Ortskrankenkassen, 282 Landkrankenkassen, 3880 Betriebskrankenkassen (einschließlich Eisenbahnbetriebskrankenkassen) und 752 Innungskrankenkassen. Auf Preußen kamen 3864 Krankenkassen mit rund fünf Millionen Mitglieder. Die meisten derartigen Kassen in Preußen zählt das Oberversicherungsamt Düsseldorf, nämlich 546. Auf Bayern kommen 512 Krankenkassen, auf Sachsen aber 1113, auf Württemberg 228, auf Baden 239, auf Hessen 95, auf Mecklenburg-Schwerin 42, auf Gotha 92, auf Mecklenburg-Strelitz 17, auf Oldenburg 49, auf Braunschweig 60, auf Meiningen 25, auf Reuß 39, auf Anhalt 44, auf Schwarzburg 24, auf Lippe 25, auf Lübeck 12, auf Bremen 32, auf Hamburg 70, auf Elsaß-Lothringen 138.

= **Aus der westfälischen Provinzialverwaltung.** Zur Herstellung des Gleichgewichts im Haupthaushaltsetat der Provinz Westfalen sind für 1916: 6 277 200 ℳ und für 1917: 7 497 300 ℳ an Provinzialsteuern eingesetzt. Die Nichterhöhung der Provinzialsteuer setzt ein Steuersoll von mindestens rund 46,5 Millionen am 1. Januar 1916 voraus. Dieses dürfte erreicht werden, da es am 1. Januar 1915 rund 51,5 Millionen gegen 49,9 Millionen Mark am 1. Januar 1914 betrug. Die Festsetzung der Steuer für das 2. Geschäftsjahr (1917) bleibt dem nächstjährigen Provinzial-Landtage überlassen.

= **Herforder Kleinbahnen.** Im Monat Februar 1916 betrugen die Betriebseinnahmen der Herforder Kleinbahnen: a) aus dem Personenverkehr 8501,22 ℳ (Vorjahr 8184,63 ℳ), b) aus dem Güterverkehr 7664,22 ℳ (Vorjahr 6894,32 ℳ), c) aus Nebeneinnahmen 406,80 ℳ (Vorjahr 81,11 Mark), zusammen 16 572,24 ℳ (Vorjahr 15 160,06 Mark). Demnach gegenüber Februar 1915 mehr 1412,18 ℳ. Am Hafen in Blotho wurden 129 Tonnen umgeschlagen, gegen 130 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres. — Bei den Bielefelder Kreisbahnen betrugen die Betriebseinnahmen: a) aus dem Personenverkehr 8872,43 ℳ (Vorjahr 8593,32 ℳ), b) aus dem Güterverkehr 6981,15 ℳ (Vorjahr 7038,50 ℳ), c) aus Nebeneinnahmen 285,50 ℳ (Vorjahr 223,33 ℳ), zusammen 16 139,08 Mark (Vorjahr 15 855,15 ℳ). Demnach gegenüber Februar 1915 mehr 283,93 ℳ.

= **Keine Konzertagentur in Herford nötig.** Durch Bescheid des Vorsitzenden des Bez.-Ausschusses vom 19. 2. 16 war der Antrag des Kapellmeisters Düngel auf Erteilung eines Gewerbes als Konzertagent abgelehnt; der Magistrat in Herford ist der Ansicht, daß der vorhandene Arbeitsnachweis für Herford völlig genüge. Düngel legte dagegen Berufung ein und bestritt, daß der Arbeitsnachweis für seine Zwecke in Frage komme; Künstler, Direktoren und Kapellmeister wenden sich nicht an solchen Arbeitsnachweis — es kommen nur Fachagenten in Frage. Der Magistrat Herford erklärte nochmals, daß keine Notwendigkeit für eine Konzertagentur in Herford vorliege. Der Arbeitsnachweis wirke vorbildlich. In den letzten drei Jahren seien dort eingetragen: Arbeitsuchende rund 7700, 10500, 4700, offene Stellen: 5000, 4000, 3200, besetzte Stellen: 5000, 4000, 3200. Der Magistrat Herford beantragte Abweisung. Der Bez.-Ausschuß wies denn auch die Klage ab, da ein Bedürfnis für einen neuen Arbeitsnachweis in Herford nicht vorliege.

Schöffengericht Herford.

Sitzung vom 16. März.

Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Dr. Hof.
Schöffen: Fabrikant Henning und Rentner Strunk von hier.
Amtsanwalt: Behre.
Gerichtsschreiber: Amtsgerichtssekretär Höpker.

Vergehen gegen die Bundesratsverordnungen.

Der 70jährige Landwirt Wilhelm Kr. von hier, der seit 14 Jahren durch Blitzschlag gelähmt und sich selbständig nicht fortzubewegen vermag, erhielt einen Strafbefehl, weil er im November v. Js. beschlagnahmten Roggen an Selbstversorger abgegeben bezw. an sein Vieh verfüttert haben soll. Der Aufseher K., welcher dort revidierte, will konstatiert haben, daß die ihm von Nachbaren des Kr. gewordenen Mitteilungen auf Wahrheit beruhen. Von den in den 40er Jahren stehenden Kindern des Angeklagten sei das Vergehen zwar begangen; der Vater habe seines Erachtens davon aber Kenntnis gehabt. Bei der Revision mußten 9 Zentner 80 Pfund vorhanden sein, es wurden aber nur 5 Zentner 58 Pfund gefunden. Außerdem stellte der Revisor fest, daß Schweine auf dem Hofe Roggen fraßen. Weiter soll der Beschuldigte unvollständige Angaben bezüglich der vorhandenen Mengen an Getreide gemacht haben. Er habe eine gewisse Menge beiseite geschafft, die einige Tage nach der Revision am 19. Januar nachgeliefert wurde. Es mußten 9,80 Zentner da sein, angegeben sind nur 7,20 Zentner und vom Zeugen wurden nur obige 5,58 Zentner gefunden. Der Amtsanwalt hält eine Schuld des angeklagten Vaters für ausgeschlossen und beantragt Freisprechung desselben. Das Gericht beschließt demgemäß. Es möge alles wahr sein, was der Junge behaupte, den Vater aber treffe in allen Fällen keine Schuld.

Nahrungsmittelfälschung.

Der Milchhändler Heinrich E. von hier wird beschuldigt, im Juni 1914 minderwertige Milch feilgehalten zu haben. Als auf seinem Hofe Ermittelungsbeamte erschienen, um die Milch zu untersuchen, nahm der Beschuldigte aus dem Wagen schnell eine Kanne heraus und goß den Inhalt in den Kohlenkasten in seiner Stube. Befragt, warum er so gehandelt, meint er, daß er den Rest in der Kanne, um diese zu reinigen, mit Wasser habe ausspülen wollen. Hier wurde es den Beamten unmöglich gemacht, sich ihres Auftrages zu entledigen. Bei einer weiteren Revision, die der jetzt verstorbene Polizeisergeant Kobusch in der Gegend der Radewiger Kirche vornahm, ergaben sich gleiche Merkmale. Der Angeklagte beruft sich auch in diesem Falle darauf, daß sich in den Kannen, die noch gar keine frische Milch enthielten, zwecks Reinigung Spülwasser befunden habe. Das wird aber von dem Sachverständigen, dem Chemiker Dr. Murtfeld-Minden, entschieden bestritten. Wenn Kobusch, den er als tüchtigen Beamten schätze, den Inhalt als Spülwasser erkannt haben würde, dann hätte er E. unbehelligt gelassen. Der Verteidiger macht demgegenüber geltend, daß es in Bäckereien üblich sei, die entleerten Kannen nachher mit Wasser auszuspülen; hier sei dies der Fall, die Kanne sei wie alle andern wieder auf den Wagen gekommen, ohne daß der Angeklagte wußte, daß sich in dieser oder jener noch Reste befanden. Der Befund der untersuchten Milch ergab einen Teil Milch und drei Teile Wasser. Sowohl der Amtsanwalt wie auch der Verteidiger beantragen die Freisprechung, da nicht erwiesen ist, daß der Angeklagte den „Mischmasch" hergestellt, sondern der ebensogut von einem Kunden zu seinem Nutzen bereitet worden sein könne. Das Gericht hält eine Milchverfälschung für vorliegend, vermag aber dem Angeklagten eine Schuld nicht nachzuweisen und spricht ihn frei.

Diebstahl.

Die Dienstmagd Johanne D. von hier wird beschuldigt, der Ehefrau Obermann aus Schweicheln zwei Röcke und einen Schirm entwendet zu haben. Sie räumt die Tat ein, gab aber die Sachen an ihre rechtmäßige Besitzerin wieder zurück mit Ausnahme des Regenschirms, von dessen Verbleib sie nichts mehr angeben kann. Der Gerichtshof verurteilt die Angeklagte zu einem Tage Gefängnis. Sie tritt die Strafe sofort an.

Bettelei.

Der Maurer Hermann H., aus der Untersuchung vorgeführt, ohne festen Wohnsitz, wird mit 4 Wochen Haft bestraft, da er in Herford bettelte und wegen dieses Vergehens wiederholt vorbestraft ist.

Beleidigung.

Die Ehefrau des jetzt im Felde stehenden Landbriefträgers T. von hier ist von der Ehefrau Handelsmann Pl. hier durch Zusendung eines Schmähbriefes beleidigt worden. Frau T. strengte hierauf die Privatbeleidigungsklage gegen Frau Pl. an. Diese wirft der Frau T. materielle Rückständigkeit vor, sie, die Briefschreiberin, vergleiche sich nicht mit der T. wie auch mit der ganzen Nachbarschaft nicht und endet ihren Brief mit einem sechsmaligen „Pfui!" Es wurde vor dem Richter s. Zt. ein Vergleich geschlossen, nach welchem Frau Pl. sich verpflichtete, 25 ℳ Buße zu zahlen und die Rechtsanwalts- und Gerichtskosten zu tragen. Nachdem sie in dem Briefe an Frau T. ihre höchste Mißachtung ausdrückte und betonte, sie könne sich mit 1000 Mk.-Scheinen zudecken, sie könne in Seide rauschen usw., erklärte sie dem Richter nach er-

haltener Zahlungsaufforderung, sie sei nicht imstande „in dieser Zeit" solche Summen aufzubringen. Daraufhin folgt heute die Verhandlung. Sie verpflichtet sich heute, spätestens nach Ablauf eines Monats zu Händen des Herrn Rechtsanwalts Brand die Summe von 110 *M* zu zahlen, von denen dieser 100 *M* zu wohltätigen Zwecken, welche die Privatklägerin bestimmen soll, verwenden wird.

Beleidigung.

Die Ehefrau Pauline St. in Westerenger beleidigte am Weihnachtsheiligabend v. Js. den Landwirt W. daselbst durch eine gemeine Beschimpfung. Die Beklagte nimmt dieselbe unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück und trägt sämtliche Kosten.

Schluß 1 Uhr. tr.

Bielefeld, 16. März. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurden die Steuersätze: Einkommensteuer 225 v. H. (30 v. H. mehr), Grund- und Gebäudesteuer 210 v. H., Gewerbesteuer für die 2., 3. und 4. Klasse 210 v. H., für die 1. Klasse 280 v. H. (70 v. H mehr) und Betriebssteuer 100 v. H. unter der Voraussetzung angenommen, daß der Magistrat dem Beschlusse auf Freistellung der kleineren Einkommen, unter 900 *M* zustimme. Es war beantragt worden, für die kleineren Einkommen unter 900 *M* 50 v. H. Zuschläge zu dem fingierten Satz von 4 *M* zu nehmen. Gegen diesen Antrag hatte sich die Linke ausgesprochen. Außerdem lag noch ein Antrag vor, der Magistrat solle beim Bundesrat vorstellig werden, daß zur Sicherstellung der Bevölkerung bei der Kartoffelernte unverzüglich zur Beschlagnahme der gesamten Ernte geschritten werde und die Fleisch- und Fettversorgung nach einheitlichen für das ganze Reichsgebiet geltenden Grundsätzen durchgeführt wird. Der Antrag wurde mit der Aenderung angenommen, den Bundesrat zu ersuchen, alle nötigen Vorkehrungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Fleisch und Fett zu treffen.

Lübbecke, 16. März. Der Landrat hat mit Genehmigung des Regierungspräsidenten folgende Bekanntmachung erlassen: Wer im Kreise Lübbecke Kartoffeln ankaufen und sie über die Grenze des Kreises liefern will, muß zuvor meine Genehmigung einholen. Der Ankauf von Kartoffeln zum Weiterverkauf im Kreise ist nur meinen Beauftragten gestattet. Landwirten ist der Verkauf an Kreiseingesessene zum Selbstverbrauch oder zum Pflanzen gestattet. Diejenigen Einwohner des Kreises, welchen Kartoffeln seitens einer amtlichen Stelle für die menschliche Ernährung überwiesen sind, dürfen diese Kartoffeln lediglich für diesen Zweck verwenden, auf keinen Fall also an das Vieh verfüttern, da weitere Ueberweisungen von Kartoffeln nicht stattfinden. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 1500 *M* bestraft.

Lippische Fürstentümer.

b. **Detmold,** 16. März. Im lippischen Landtage wurde heute der neugewählte Abgeordnete für die 2. Wählerklasse des 7. Wahlkreises, Schlachtermeister Korte-Schötmar, auf sein Mandat vereidigt. Der Landtag setzte darauf die zweite Lesung des Staatshaushaltsplanes fort. Bei dem Ausgabeposten Gehalt des Schulrats besprach Abg. Zeiß die jetzigen Verhältnisse in der lippischen Volksschule. Schulrat Dr. Schmidt erklärte hocherfreut darüber, daß der Vorredner den Pflichteifer der Volksschullehrer so warm hervorgehoben habe, daß auch er diese Eigenschaft der lippischen Lehrer hoch anerkenne und besonders darüber erfreut sei, über 50 Jahre im Dienst stehende Lehrer im Amte zu sehen. Von den 303 lippischen Lehrern stehen 139 im Felde. 19 Lehrerinnen erteilten bis jetzt Unterricht in den Volksschulen; zwei seien fest angestellt. Die Schülerzahl hat sich durch die Einwirkungen des Krieges von 80 auf 120 in der Klasse erhöht. Abg. Stärcke regte die Umwandlung der lippischen Volksschule in eine Einheitsschule an, welchem Gedanken Schulrat Dr. Schmidt indes widersprach.

b. **Detmold,** 16. März. Der höchste lippische Kriegsorden, das Ehrenkreuz für heldenmütige Tat, wurde den beiden lippischen Landtagsabgeordneten, Rittergutsbesitzer Hauptmann v. Borries auf Eckendorf und Amtsrichter Hauptmann Tasche zu Lemgo verliehen.

wtb. **Bückeburg,** 16. März. Im Landtage teilte heute Staatsminister Frhr. v. Feilitzsch mit, daß der Fürst zur Linderung der durch den Krieg vergrößerten Lasten einen einmaligen Zuschuß von 30 000 *M* dem Lande überwiesen habe. Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Fürsten für diesen neuen Beweis landesväterlicher Fürsorge den Dank des Hauses auszusprechen. Alsdann wurden in erster Lesung die Steuervorlagen erledigt und hierbei unter Berücksichtigung des Zuschusses des Fürsten die geplanten Steuerzuschläge um 1 Prozent bei der in der Vorlage vorgesehenen untersten Steuerstufe von 1500 *M* bis zu 20 Prozent bei der höchsten Stufe von 100 000 *M* und mehr erniedrigt.

Vehlen, 16. März. Der Sohn des früheren Mühlenbesitzers Bollhöfer hierselbst wurde wegen besonderer Kühnheit mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse ausgezeichnet.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Hamm, 16. März. Der Reichsanzeiger meldet: Auf Grund einer Ermächtigung des Königs bestätigt das Staatsministerium den Oberbürgermeister Matthäi der Stadt Hamm auf fernere 12 Jahre.

T.U. **Gleiwitz,** 16. März. Das Haupt der oberschlesischen Raubbande, Masziossek, der in der vergangenen Woche zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, ist jetzt auch des Doppelraubmordes, der vor drei Jahren im Gleiwitzer Walde stattfand, überführt worden.

Ohlings, 16. März. Als die Kontoristin einer hiesigen Firma einen größeren Geldbetrag an der Postkasse in Empfang nahm und mit dem Zählen des Geldes beschäftigt war, wurde ihr ein Päckchen mit 1000 *M* in Geldscheinen gestohlen, anscheinend von einem unbekannten Manne im Alter von 30 bis 35 Jahren.

Köln, 16. März. Das Kölner außerordentliche Kriegsgericht verurteilte zwei Dutzend jugendliche Personen im Alter von 13 bis zu 15 Jahren zu je 10 *M* Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis, weil sie sich entgegen der Verfügung des Gouverneurs abends auf öffentlichen Plätzen aufhielten, geraucht, Wirtschaften und Lichtspielhäuser besucht hatten. Ein Arbeiter wurde wegen Vernachlässigung seiner Aufsichtspflicht zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Berlin, 16. März. Die im Auslande verbreitete Nachricht, daß in Essen durch einen feindlichen Fliegerangriff großer Schaden angerichtet und der dortige Bahnhof mit Bomben belegt sei, ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, frei erfunden.

Hamburg, 16. März. Wegen Betruges und Urkundenfälschung wurde gestern die Ehefrau eines Kraftwagenführers in Hamburg verhaftet. Sie hat es verstanden, zwei dortigen Einwohnern nach und nach 3800 *M* abzuschwindeln, indem sie angab, daß sie in Kürze von einem verstorbenen Türken, mit dem sie verlobt gewesen sei, ein und eine halbe Million Mark erbe. Zur Glaubhaftmachung ihrer Angaben hat die Schwindlerin den Geldgebern gefälschte, angeblich von dem Türken geschriebene Briefe vorgelegt. An anderer Stelle suchte die raffinierte Person Geld als Darlehen zu erhalten, indem sie behauptete, daß ihr Stiefvater als Erbe des in Warschau verstorbenen Fürsten Lubomiersti in Frage komme und daß sie von dieser Seite mehrere Millionen zu erwarten habe.

50 Mark Belohnung

erhält Jeder, der uns einen Fall von

Beschädigung der Plakate

an den städtischen Anschlagsäulen so nachweist, daß gerichtliche Verfolgung des Täters eintreten kan

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung. Donnerstag, 16. März 1916.

Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt.

Am Tisch des Bundesrats: Dr. Helfferich, Wirkl. Geh. Rat Kraetke, Wahnschaffe.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Erste Lesung des Haushaltsplans für 1916 und des Kriegssteuervorlagen.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich:

Meine Herren! Zum zweiten Male habe ich einen Haushaltetat vorzulegen, dem der Krieg das Gepräge gibt. Aber während vor einem Jahre größere sachliche Meinungsverschiedenheiten kaum hervortreten konnten, sind diesmal mit dem Haushaltetat Fragen von großer sachlicher Bedeutung verbunden, über die die Meinungen allerdings auseinander gehen können.

Wie im Vorjahre, so müssen wir auch diesmal im allgemeinen darauf verzichten, eine auch nur einigermaßen zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der Reichswirtschaft vorzulegen. Entsprechend dem schon beim Etat für 1915 angewandten Verfahren haben wir deshalb bei den meisten Kapiteln und Titeln die Ansätze des letzten Friedensjahres, unter Berücksichtigung von gewissen Zu- und Abgängen, eingestellt, die sich aus der Wirkung der kriegswirtschaftlichen Tatsachen ergeben. Wie im Vorjahre haben wir geglaubt, die

äußerste Sparsamkeit bei der Aufstellung des Etats

walten zu lassen. Alles Geld und alle Arbeit wird auf die Kriegsbedürfnisse vereinigt, alles Minderwichtige wird nach Möglichkeit zurückgestellt.

Für die Kriegsführung finden Sie in dem neuen Etat keine Forderung. Aus den Kriegskrediten werden bekanntlich, so lange der Krieg dauert, auch die fortdauernden Ausgaben des Heeres und der Marineverwaltung bestritten.

Seine eigentliche Bedeutung hat der Etat durch die Ziffern für den Dienst der Reichsschuld. Zinsen und Tilgung figurieren dieses Mal mit 2303 Millionen Mark gegenüber 1268 Millionen im Vorjahre und 970 Millionen im letzten Friedensjahr. Hier kündigt sich mitten im Kriege

eines der größten staatswirtschaftlichen Probleme

an, die wir im Frieden zu lösen haben werden, ein Problem, dem wir nicht genug unsere Aufmerksamkeit und Sorge widmen können.

Der Schatzsekretär wendet sich dann den weiteren Teilen des Haushaltsplanes zu. Insgesamt würden die Ansätze der Einnahmen des ordentlichen Etats ohne Erschließung neuer Quellen ein Weniger von 344 Millionen Mark ergeben und ein Mehr von Ausgaben in Höhe von 136 Millionen Mark. Es ergibt sich also

ein Fehlbetrag von 480 Millionen Mark.

Für diesen Fehlbetrag schlagen die verbündeten Regierungen als Deckung die neuen Kriegssteuern vor.

Damit ist der Etat formell ins Gleichgewicht gebracht, aber auch nur formell. Wir haben die Einnahmen des letzten Etats eingestellt, und wenn etwas in dem neuen Etat sicher ist, so ist es die Tatsache, daß die Einnahmen diese Ansätze nicht erreichen werden. (Heiterkeit.) Wir können zwar aus einzelnen Kapiteln auf ein Mehr an Einnahmen rechnen, sie sind aber nicht sicher zu erfassen. Es steht also auch hier ein Fehlbetrag fest. Zu seiner Deckung haben wir, um nach Möglichkeit auch auf das materielle Gleichgewicht hinzuwirken, ein Kapitel der

Einnahmen der Kriegsgewinnsteuer

eingesetzt. Auf dieses Kapitel sollen die im Jahre 1916 bereits eingehenden Erträgnisse der Kriegsgewinnsteuer kommen, so weit sie zur Deckung dieses Fehlbetrages erforderlich sind. Wir haben diese Einnahmen in Form eines sogenannten Leerkapitels übernommen. Ich hoffe, daß sich im Jahre 1916 dieses Leerkapitel in erfreulicher Weise füllen wird. Das wird uns dadurch möglich, daß wir in dem Entwurf des Kriegsgewinnsteuergesetzes die juristischen Personen bereits nach dem Ergebnis des zweiten Kriegsgeschäftsjahres veranlagen. Bei den hier in Frage kommenden Gesellschaften sind recht erhebliche Mehrgewinne gegenüber den Friedensjahren erzielt worden. Aus dieser Quelle dürfen wir immerhin einen erheblichen Ertrag erwarten. Die Kriegsgewinnsteuer bietet gewissermaßen einen Ausgleichsposten in dem neuen Etat.

Der solide Aufbau unserer Finanzverwaltung, der sich bisher allen Anforderungen des Krieges gewachsen gezeigt hat, darf nicht in ernstliche Gefahr gebracht werden. Diese Gefahr auszuschließen, ist

der Zweck der neuen Steuervorlagen.

Weiter gehen unsere Absichten nicht, weiter würden die neuen Steuern auch gar nicht reichen. Ich stelle das ausdrücklich fest, weil ich in der Presse und auch sonst der Meinung begegnet bin, daß ich durch die englische Finanzpolitik allzu sehr beeinflußt würde. Ich habe niemals den Satz aufgestellt, daß wir den Krieg auf eine beliebige Dauer führen könnten, ohne neue Einnahmequellen zu erschließen. Vor einem Jahre habe ich lediglich erklärt, daß wir von neuen Steuern so lange absehen könnten, wie wir unsern Etat einschließlich des Schuldendienstes ohne neue Steuern balanzieren können. Heute ist es nicht mehr möglich. Daraus müssen wir die Konsequenzen ziehen. Tun wir das, so begeben wir uns damit nicht auf den Weg der englischen Finanzpolitik. An sich würde ich mich gar nicht scheuen, das zu tun, wenn ich überzeugt wäre, daß dieser Weg richtig und gangbar ist. Gewiß wird England am Schlusse dieses Rechnungsjahres aus den Kriegssteuern einen sehr erheblichen Betrag herausgewirtschaftet haben, der eine sehr beachtenswerte Leistung der englischen Steuerzahler bedeutet. Aber was wollen diese Summen heißen im Vergleich zu den Kriegskosten, die bis Ende dieses Jahres 1800 Millionen Pfund überschritten haben werden.

Wir haben uns von Anfang an nicht vermessen, einen solchen Krieg mit neuen Steuern finanzieren zu können. Wir haben uns auf

Erhaltung der ordentlichen Grundlagen der Reichswirtschaft

beschränkt. Auf diesem Wege bleiben wir, weil die größten Interessen des Reiches auf dem Spiele stehen. Gewiß werden auch andere Ansichten vertreten. Man hat die Frage aufgeworfen, ob man wirklich das deutsche Volk durch diese Vorlage beunruhigen sollte. Man hat mit wenig Respekt von den paar Hundert Millionen gesprochen, die doch auch noch durch Anleihe aufgebracht werden könnten. Zu dieser Großzügigkeit kann ich mich nicht aufschwingen. Eine halbe Milliarde im Jahre sind enorm viel Geld, sind die Zinsen von zehn Milliarden. Dieses Geld werden wir künftighin wieder nötig haben, bis nach dem Kriege die Neuordnung der Reichsfinanzen durchgeführt sein wird. Diese halbe Milliarde wird ein sehr beachtenswertes Zehrgeld auf dem Wege zur endgültigen Ordnung der Reichsfinanzen zu bilden haben. Wir können unserem Volke, das jetzt zum vierten Male seine Vaterlandsliebe betätigt, nicht Milliardenbeträge abverlangen, wenn wir nicht rechtzeitig die Verzinsung und Tilgung sicherstellen. (Sehr richtig!) Für die Reichsregierung und mich und auch für den Reichstag wäre es unendlich viel bequemer, die Sache auf die leichte Schulter zu nehmen. Aber der harte Krieg kennt kein Recht auf Bequemlichkeit, er kennt nur Notwendigkeiten. In der Erfüllung der Notwendigkeiten beschränken sich unsere Vorschläge auf ein Mindestmaß des Vertretbaren. Mögen wir

unsere Hoffnungen auf einen auch finanziell günstigen Friedensschluß

so hoch spannen — diese Hoffnungen halten wir aufrecht —, es bleibt trotzdem bestehen, daß unter allen Umständen eine erhebliche Steigerung der Reichseinnahmen nötig sein wird. Wenn ich mich vor mir selbst auf Herz und Nieren prüfe, so hätte ich mir allenfalls den einen Vorwurf zu machen, daß die Steuervorlagen heute schon nicht weit genug gehen und noch allzu viel der Zukunft überlassen. (Sehr wahr!) Die 500 Millionen Mark neue Reichsauflagen sind keine Leistung, die dem deutschen Volke nicht zugemutet werden könnte und die es nicht zu tragen vermöchte. Darüber sind wir wohl alle einig. Nicht so ganz einig sind wir über die neuen Steuern im einzelnen. Ich bin weit davon entfernt, sie als etwas Schönes und Beglückendes hinzustellen. Aber vielleicht wird es Ihnen gelingen, sich mit den neuen Steuern als notwendigen Uebeln, wenn auch nicht zu befreunden, so doch abzufinden. Zunächst bitte ich im Auge zu behalten, daß

die neuen Steuern Nothehelfe

für die Zeit des Krieges und des Ueberganges in die geordnete Friedenswirtschaft sind und ihr natürliches Ende in der Neuordnung der Reichsfinanzen finden. Der Reichstag wird also in die Lage kommen, die neuen Steuern in absehbarer Zeit einer ergänzenden Revision zu unterziehen. An eine glatte Abschaffung oder Ersatz wird auch im günstigsten Falle nicht zu denken sein, aber Sie werden auf alle Fälle prüfen können, was dem Neubau der Reichsfinanzen einzufügen sein wird. Der Charakter der Steuern als Not- und Uebergangssteuern wird, wie ich zuversichtlich hoffe, Ihnen die Möglichkeit geben, einem anderen wichtigen Erfordernisse entsprechend, das den Charakter der Notsteuern bedingt: dem Bedürfnis der

sofortigen Erledigung und schleunigen Inkraftsetzung.

Jede Woche, die die neuen Steuern früher in Kraft treten, erleichtert den Zinsendienst unserer Kriegsschuld um zehn Millionen Mark. Schließlich liegt es in der Natur des Nothehelfs, daß wir ohne neuen Apparat mit möglichst einfachen Mitteln einen möglichst hohen Ertrag erzielen müssen.

Die steuerlichen Maßnahmen des Reiches stehen in engem Zusammenhang mit der anderweitigen Besteuerung. Die Verteilung unserer Steuerquellen auf die Gesamtheit hat sich in der Weise entwickelt, daß der fortgesetzt wachsende Geldbedarf des Reiches sich bei den immer mehr steigenden Ansprüchen der Einzelstaaten und Kommunen an direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen auf die Ertragssteuern beschränkt hat. Die Einzelstaaten und Kommunen haben auf Wunsch der Reichsleitung während des Krieges darauf verzichtet, den Kapitalmarkt durch Anleihen für ihre Bedürfnisse in Anspruch zu nehmen und auf diese Weise dem Reich den freien Spielraum für die Finanzierung des Krieges erhalten. Kommunen und Einzelstaaten sehen sich deshalb genötigt, ansehnliche Steuererhöhungen vorzunehmen, die samt und sonders auf dem Gebiet der direkten Besteuerung liegen. Ich verweise auf die Steuervorlage, die augenblicklich die gesetzgebenden Körperschaften in Preußen beschäftigt. In Preußen — ähnlich liegen die Dinge in den meisten anderen Einzelstaaten auch — werden die direkten Steuern stark angezogen und zwar, was ich unterschreibe, unter Freilassung der kleinen und Schonung der mittleren Einkommen. Neben den Einzelstaaten erhöhen die Kommunen die Zuschläge zur Einkommensteuer beträchtlich.

Der Krieg ist ein heilsamer Lehrmeister. Er verlangt, daß für das Reich neue Einnahmen geschaffen werden, und zwar volle und ausgiebige. Es können nicht alle Pferde aus derselben Krippe speisen. In Rücksicht auf die Erhaltung der finanziellen Existenz der Einzelstaaten und Kommunen kommt deshalb auch der bestimmten Auffassung der verbündeten Regierungen für die steuerlichen Kriegsmaßnahmen —

als direkte Reichssteuer nur die Kriegsgewinnsteuer

in Frage. Das „nur" kann ich allerdings nur mit Vorbehalt aussprechen, denn die Kriegsgewinnsteuer, wie wir sie Ihnen vorgelegt haben, ist eine umfassende Vermögenszuwachssteuer. Ihre Sätze steigen bis zu dem fast Zwanzigfachen der jetzt geltenden Sätze an. Ich bin mit der Reichsregierung der Meinung, daß wir mit der Ausgestaltung der Steuer in der Höhe der Sätze in der Tat an die Grenze dessen gegangen sind, was wir gegenüber unserer wirtschaftlichen Zukunft verantworten können. Wenn Sie sich das alles überlegen, so werden Sie, glaube ich, sofern Sie auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung stehen, zu demselben Resultat kommen. Vor allem werden wir uns von dem Grundsatz leiten lassen müssen, Steuern auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse von vornherein auszuschließen. Das habe ich schon im Dezember vorigen Jahres in Aussicht gestellt. Ich glaube, daß unsere Steuervorlagen diese Zusagen wahr gemacht haben. Wir haben es gewiß schwerer, als unsere Gegner, die über reichliche Getreidezufuhren verfügen. Trotzdem haben wir — und das kann nicht genug unterstrichen werden — die niedrigsten Brotpreise, die niedrigsten Kartoffelpreise. Von allen unentbehrlichen Genußmitteln ist

der Tabak

ohne Zweifel am meisten zu einer Kriegsbesteuerung geeignet. Der Tabakindustrie geht es in der Kriegszeit wesentlich besser als allen anderen Gruppen. Der Verbrauch an Tabak und Tabakerzeugnissen ist trotz des Krieges erheblich gestiegen. Die Tabaksteuer und namentlich die Zigarettensteuer haben während des Krieges im Gegensatz zu allen anderen Steuern höhere Erträgnisse gebracht. Sie können also an Tragfähigkeit für weitere Belastungen anderen Verbrauchsgegenständen gegenüber als überlegen gelten. Der Tabak kann selbstverständlich nur einen Bruchteil der halben Milliarde aufbringen. Darum sind weitere Steuern notwendig. Da sind zunächst vor allem

die Steuern auf den Verkehr.

Bei dem Riesenverkehr, der in Betracht kommt, handelt es sich nur um bescheidene Zuschläge.

Der neue Frachturkundenstempel

soll 80 Millionen Mark bringen; er ist für niemand unerträglich. Zehn Tonnen würden 3 Mark kosten. Auf den Doppelzentner würden daher 3 Pfg. fallen. Das ist eine Last, die getragen werden kann.

Die Post

ist ein Reichsbetrieb. Sie hat bisher auf Gewinn nicht gearbeitet. (Sehr richtig!) Ich finde das auch sehr richtig, aber in dieser Zeit scheint mir die Frage berechtigt, ob ein solches Milliardenunternehmen nicht für einige Zeit etwas selbstlos arbeiten kann. Die Steuerschraube kann hier ohne Schaden etwas schärfer angezogen werden. Ohne jede Steigerung der Verwaltungskosten, durch eine Steigerung der Bruttoeinnahmen, sollen die Einnahmen um etwa 200 Millionen Mark erhöht werden. Es fragt sich auch hier, ob die Zuschläge des Gesetzentwurfes erträglich sind. Ich will nicht bestreiten, daß sie empfindlich belastend sind, aber niemand wird behaupten können, daß die Zuschläge unerträglich wären und eine ernstliche Gefährdung unseres Verkehrs und unserer Wirtschaft bedeuten.

Ueber jede Verbesserung der Vorlagen werde ich mich freuen, aber bedenken Sie, das Bessere ist des Guten Feind. Die Steuerleistungen sind klein gegenüber den beispiellosen Opfern an Gut und Blut, die unser Volk in einmütiger Entschlossenheit trägt. (Lebhafte Zustimmung.) Die industriellen und kaufmännischen Organisationen haben auch unter Vorbehalt von Einzelwünschen

die Steuern an sich als berechtigt anerkannt.

Ich entnehme daraus eine gute Vorbedeutung für die künftigen großen Aufgaben und sehe darin einen Beweis dafür, daß unser deutsches Volk nicht nur durch Zeichnung von Kriegsanleihen, sondern auch durch Uebernahme neuer Steuern bereit ist, Opfer zu bringen. Ueber den Ausgag des Krieges wird nicht nur mit den Waffen draußen, sondern auch mit der wirtschaftlichen Kraft daheim entschieden. Keiner unserer Gegner hat das Maß unserer Leistungen annähernd erreicht.

Wir haben mit steigendem Erfolge in drei gewaltigen Anleihen 25 Milliarden aufgebracht. Frankreich hat in seiner einzigen großen Anleihe, der sogenannten Siegesanleihe, nur 13 Milliarden seiner Kriegsausgaben konsolidieren können; England hat bisher durch konsolidierte Anleihen nur 18 bis 19 Milliarden aufgebracht. Englands erste Anleihe haben wir mit dem Ergebnis unserer zweiten geschlagen. Das Ergebnis seiner zweiten mit unserer dritten Anleihe. Auf seine zweite Anleihe hat England bisher keine dritte folgen lassen. Von dem im Dezember vor. Jahres bewilligten 40 Milliarden haben wir noch 15 Milliarden frei.

Unsere Kriegsausgaben

haben sich im Januar und Februar gegaüber den vorigen Monaten vermindert. Wir hoffen, daß das auch weiterhin der Fall sein wird.

Der Schatzsekretär weist weiter auf den günstigen Stand unseres Bankwesens hin und auf die glänzende Lage der deutschen Sparkassen. Er spricht dann über die neue Kriegsanleihe, die beweisen werde, daß unsere finanzielle Kraft ebenso wenig gebrochen werden kann, wie der Kampfesmut unserr Truppen. (Lbh. Beifall.) Auch unsere Feinde fangen lansam an, das zu begreifen. Sie versuchen mit allen Mitteln, unseren Erfolg zu verhindern und verbreiten die wahnwitzigsten Lügen übr unsere finanzielle Lage. Hinter unseren Anleih enteht das ganze deutsche Volk einig und geschlossen. Jede Hoffnung der Feidne auf Uneinigkeit und Schwäche bei uns wird zu Schanden wrden. Alle helfen wir mint zum Siege ud zum Frieden. (Lebh. Beifall.)

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch, 1 Uhr, Weiterberatung.

Schluß ½5 Uhr.

Die Psychologie der jugendlichen Verbrecher im Kriege.

Die erhebliche Steigerung des Anteiles der Jugendlichen am Verbrechertum, die man im Verlauf des Krieges beobachten mußte, ist eine Tatsache, die schwere Bedenken hervorgerufen hat und mit der man sich in zahlreichen Versammlungen und Aufsätzen beschäftigt. Wenn man aber an diese Zunahme der Jugendlichen-Verwahrlosung die trübsten Aussichten für die Zukunft knüpft, so dürfte das doch zu weit gegangen sein. Solchen Schwarzsehern tritt der Geh. Justizrat Köhne im neuesten Heft der bei Otto Liebmann erscheinenden „Deutschen Strafrechts-Zeitung" entgegen, indem er in einem Aufsatze über „Die Jugendlichen und der Krieg" zu dem Ergebnis gelangt, „daß das Wesen unserer Jugend sich nicht erheblich verändert oder gar verschlechtert hat, daß aber die äußeren Schädlinge, die ihre gedeihliche Entwicklung gefährden, im Kriege noch größer geworden sind, als sie es schon im Frieden waren". Charakteristisch ist, daß während der ersten drei bis vier Monate des Krieges die Kriminalität der Jugendlichen abnahm. Die 17jährigen Burschen, die die Strafgerichte vorher so viel belästigt hatten, meldeten sich in hellen Haufen zum freiwilligen Eintritt ins Heer, und durch die Familien ging eine patriotische Begeisterung, die auch die Kinder ergriff und von der Begehung von Straftaten abhielt. Allmählich aber verrauschte diese Hochströmung der Gefühle. Nachdem das erste Kriegshalbjahr vergangen war, traten nur noch selten jugendliche Arbeiter freiwillig ins Heer ein; die vaterländische Erhebung machte nicht mehr ihre veredelnde Wirkung geltend, und so waren die Jugendlichen Einflüssen ausgesetzt, die ungehemmter walten konnten als im Frieden. Der Typus der jugendlichen Angeklagten hat sich nun unter dem Einfluß des Krieges verändert, und ganz neue Typen treten auf. Vielfach sind es Knaben, die gar nicht sehr verderbt sind, sondern nur ihrem erwachenden Tatendrang und ihrer durch den Krieg erregten Phantasie irgendwie Luft schaffen wollen. Das sind die jugendlichen Uebeltäter, die das Kriegsspiel möglichst realistisch treiben und einander mit Messern oder heimlich gekauften Pistolen zu Leibe gehen. Wenn sich die überschäumende Tatkraft im gegenseitigen Kampf nicht erschöpft, so tun sie sich zu Banden zusammen, verüben gemeinsam Einbrüche und andere Straftaten, die Kraft, Mut und Geschicklichkeit erfordern, und legen sich romantische Namen bei, wie „Schwarze Hand" und dergl. Auch früher kamen solche Dinge vor; es ist aber ganz auffallend, daß diese schweren Dilekte während des Krieges von Knaben in jugendlicherem Alter, oft noch vor Erreichung des 14. Lebensjahres, begangen werden. Bleiben solche Taten unentdeckt und unbestraft, dann stumpft das sittliche Gefühl der Knaben immer mehr ab, und leicht werden sie durch die Gesellschaft bereits stark verdorbener Burschen zugrunde gerichtet. Die Verringerung der Aufsicht, die durch die Abwesenheit der Väter und Vormünder hervorgerufen wird, zeitigt da traurige Folgen. Der hohe Verdienst, wie er in der Kriegszeit vielen Jugendlichen zuteil wird, ist im allgemeinen als Grund der Verwahrlosung nicht beobachtet worden.. Die bestbezahlten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind es nicht, die vom Jugendgericht abgeurteilt werden müssen. Die neuen Typen jugendlicher Angeklagter, die im Kriege hinzugekommen sind, gehen zum größten Teil aus solchen Verhältnissen hervor, in denen die Jugendlichen sich der durch ihre Stellung hervorgerufenen Versuchung nicht gewachsen zeigten. Das nächstliegende Beispiel sind die 16—17jährigen Burschen, die als Aushelfer bei der Post angestellt sind und sich an den Feldpostsendungen vergriffen. Abenteuerlust verleitet zu Straftaten. So versagte ein bis dahin ordentlicher Junge, dem sein Vater die Genehmigung zum Eintritt ins Heer verweigerte, von da an bei der Arbeit vollkommen und beging einen Diebstahl, um Mittel zum heimlichen Entlaufen zu haben. Nachdem er den Vater umgestimmt hatte, trat er als Kriegsfreiwilliger ein und wurde ein tüchtiger Soldat. Auch Prahlerei und Ruhmsucht führen zu Entgleisungen. So tragen Jugendliche unberechtigt das Eiserne Kreuz, um sich dadurch Ansehen zu verschaffen; ein Bursche lief in Matrosenuniform mit der Mütze S. M. S. „Emden" und dem Eisernen Kreuz herum und ließ sich huldigen, bis er schließlich verhaftet wurde. Zur Bekämpfung dieser Kriminalität hält Geh. Rat Köhne die strengen Strafandrohungen und zahlreichen Verbote nicht für geeignet. Nur durch intensive Erziehungsarbeit, die freilich im Kriege sehr erschwert ist, ist dem abzuhelfen. Allein durch vermehrte Arbeit auf diesem Gebiet und durch Heranziehung immer neuer Kräfte für die großen Aufgaben der Volkserziehung kann die sittliche Einheit des heranwachsenden Geschlechts erhalten werden.

Beschwerden

über unregelmäßige und unpünktliche Zustellung unseres Blattes bitten wir sofort an unsere Geschäftsstelle: Rennstr. 29/31 (Fernsp. 89) zu richten.

Verlag der Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kuhle, Herford.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden beim Ableben unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen, insbesondere dem Herrn Pastor Sander für die trostreichen Worte im Hause und am Grabe, unsern **tiefgefühlten Dank.**

Familie Sieker.

Bekanntmachung.

Zwecks Förderung des Rückflusses von Goldmünzen in die Reichsbank werden auf Wunsch Gedenkblätter für solche Personen ausgefertigt, welche nach dem 31. Januar d. Js. der Reichsbank mindestens 200 ℳ in Goldmünzen zugeführt haben. Es ist nicht erforderlich, daß diese Goldmünzen bei der Reichsbank selbst in Papiergeld umgewechselt werden, vielmehr können auch solche Personen Gedenkblätter erhalten, denen seitens öffentlicher Kassen aller Art, insbesondere Postkassen, Sparkasse, Schulkassen, in beweiskräftiger Form bescheinigt worden ist, daß sie nach dem 31. Januar den Betrag von mindestens 200 ℳ Goldmünzen in Papiergeld umgetauscht haben.

Minden, den 10. März 1916.

Der Regierungs-Präsident.
J. V.: Haeckermann.

Bekanntmachung.

Bei der Herstellung der Kanalanschlußleitungen im Rechnungsjahre 1916 werden nachstehende Einheitspreise in Rechnung gestellt.

1. Arbeitslöhne:

1 Maurerstunde	0,60 ℳ
1 Handlangerstunde	0,50 „
1 Zimmererstunde	0,60 „

2. Materialpreise:

1 lfdm. Steinzeugrohr von 15 cm Durchm.	2,20 ℳ
1 lfdm. Steinzeugrohr von 20 cm Durchm.	3,15 „
1 Steinzeugkrümmer von 15 cm Durchm.	2,20 „
1 Steinzeugkrümmer von 20 cm Durchm.	3,15 „
1 Steinzeugabzweig Durchm. 20/15	4,65 „
1 Steinzeugabzweig Durchm. 15/15	3,15 „
1 qm Pflaster einschl. 2jähr. Unterhaltung	2,— „
1 Muffendichtung Durchm. 15	1,35 „
1 Muffendichtung Durchm. 20	1,75 „
1 Kanalanschluß (Anhauen des Kanals, Lieferung des Stutzens und Wiederherstellen des Durchbruches)	5,— „
1 Gully komplett mit Roste ab Platz	50,— „
1 gußeiserne Schachtabdeckung befahrbar	30,— „
1 kg Asphalt-Tonrohrkitt	0,20 „
1 kg Teerstrick	0,60 „
1 Konus 100/62/75	10,— „
1 Brunnenring 100/75	10,— „
1 Brunnenring 100/50	6,— „
1 qm Inertoanstrich (einm. einschl. Material)	0,75 „
1 kg Zement	0,10 „

Aufgestellt!
Herford, den 9. März 1916.
Der Magistrat.

Flachs und Reede
kauft zu höchsten Preisen
Engelbert Schönfeld,
Herford.
Spinner i.

Bekanntmachung.

Den Zeichnern auf die vierte Kriegsanleihe wird bekannt gegeben, daß die hiesige, im Reichsbankgebäude befindliche Darlehnskasse Darlehen, welche zur Einzahlung auf gezeichnete vierte Kriegsanleihe gewünscht werden, gegen Verpfändung von Wertpapieren und Schuldbuchforderungen zu einem Vorzugszinssatze von zurzeit 5½% gewährt. Die Reichsbanknebenstellen in Detmold, Gütersloh, Herford und Lemgo nehmen Darlehnsanträge sowie die zu verpfändenden Wertpapiere zur kostenlosen Weitergabe an die hiesige Darlehnskasse entgegen und stellen alle erforderlichen Formulare im Geschäftsraum oder auf dem Postwege zur Verfügung.

Bielefeld, den 8. März 1916.
Reichsbanknebenstelle.
Gaebel, Fruth.

Bekanntmachung.

Anmeldungen neuer Schülerinnen für den am 3. April 1916 beginnenden Abendkursus in der Münterschen Gewerbeschule für Frauen und Töchter, Alter Markt 8, werden bis zum 1. April 1916 in der Gewerbeschule entgegengenommen. Teilnahme am Unterricht 3 Monate. Wenn die Schülerinnen sich in dieser Zeit noch nicht die nötige Selbständigkeit angeeignet und sonst guten Fleiß und ebensolche Führung gezeigt haben, dürfen sie den Unterricht länger besuchen. Diesbezügliche Wünsche sind an die Leiterin des Kursus zu richten, welche hierüber die Entscheidung zu treffen hat. Sollte eine Schülerin durch Unpünktlichkeit im Schulbesuch und durch Nachlässigkeit in den Ausführungen der aufgegebenen Arbeiten, sowie durch unhöfliches Betragen Anlaß zur Unzufriedenheit geben, so behält sich der Magistrat vor, solche Schülerin vom Unterricht auszuschließen.

Zweck des Unterichts ist: Die Schülerinnen in nachbenannten Fächern zu unterweisen und in die Lage zu setzen, die eigene Garderobe, Wäsche, Hüte anzufertigen und in Stand zu halten.

Gelehrt wird nach Wahl.
1. Handarbeit, wie Flicken, Stopfen Weißsticken.
2. Maschinennähen, Anfertigen von Blusen, Röcken, Modernisieren alter Garderobe.
3. Der Unterricht ist 2 mal wöchentlich von 8—10 Uhr abends.

Die städtischen Behörden haben beschlossen, diese Einrichtung insofern zu unterstützen, als sie für jede Schülerin monatlich 2 Mark Zuschuß gewähren, sodaß jede Schülerin selbst nur 3 Mark monatlich aufzubringen hat. Diese Einrichtung wird zur Benutzung dringend empfohlen.

Herford, den 11. März 1916.
Der Magistrat.

Konfirmanden-Schirme
in grösster Auswahl und allen Preislagen
∴ ∴ ∴ gut und billig. ∴ ∴ ∴
Reparaturen und Neubezüge.
Erich Wirth, Schirmfabrik,
Höckerstrasse 11.

Drucksachen **Fr. Kuhle.**
aller Art liefert billigst

Atlantis!

Zeichnungen
auf die
Vierte Kriegsanleihe
nehmen wir **kostenfrei** entgegen.
Zur Erteilung jeder gewünschten Auskunft und Zusendung von Zeichnungsscheinen sind wir gern bereit.
Westfälisch-Lippische Vereinsbank
Aktiengesellschaft Herford.



Wegen Aufgabe des Geschäfts
verkaufe
sämtliche Waren
mit
20% Rabatt.
Ernst Behle Nachf.
Inh. **Fritz Querfurth,**
Herford.

Tischler
für dauernde Arbeit stellt ein
Gustav Kopka,
Möbelfabrik.

Former und Arbeiter,
kräftige, für Maschinenformerei sofort gesucht.
Ravensberger Eisenhütte
Reinshagen & Vogt, Bielefeld

Ein ordentlicher
Bursche
sofort gesucht.
Hoflieferant
Adolf Müller
Hermannstraße.

Monatsversammlung

des
Obst- und Gartenbauvereins
für Herford u. Umgegend
am
Sonnabend, den 18. März, abends 8 Uhr,
im Hotel Vereinshaus.

Tagesordnung:
1. Eingänge.
2. Besprechung über vermehrten Gemüseanbau.
3. Vortrag: Gemüsebau im kleinen Hausgarten. Referent: Herr Rentner Drestag.
4. Verlosung.
5. Verschiedenes.

Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen. Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Altkatholische Gemeinde.

Sonntag, den 19. d. M., vormittags 11¼ Uhr:
Gottesdienst
in der Wolderus-Kapelle.
Der Vorstand.

Zwangsverkauf.

Sonnabend, den 18. März, nachm. 12¼ Uhr, werde ich im Bürgerverein:
1 Tresen
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Füllgrabe,
Gerichtsvollzieher.

Kleieverteilung.

Die dritte Rate Kleie, Zeit vom 1. März bis 1. Juni ds. Jrs., muß von den Berechtigten umgehend abgeholt werden.

Ueber Kleiemengen, die bis zum 25. ds. Mts. nicht abgeholt sind, wird anderweitig verfügt.

Herford, den 16. März 1916.
Der Magistrat.

Getrockneten und gewässerten
Klippfisch
haben wir noch einen Posten abzugeben.
Gemüse- u. Obstmarkt,
Arndtstr. 6.

Säcke.
Kaufe jeden Posten Säcke, auch zerrissene, zu den höchsten Tagespreisen; nehme auch Säcke z. Flicken an.
I. H. Tönsjost,
Jahnp-Löhrstr.-Ecke und Goltstr. 2.

Knochenschrot
10 Pfd. 1.60 Mk., frei ins Haus 1.75 Mk.
H. Klette,
Schwarzenmoorstraße 11.

Suche für sofort einen
jüngeren Arbeiter,
der Gartenarbeit versteht.
Friedhofsgärtner Eickmeier.

Für sofort ein verheirateter
Kutscher
gesucht.
Angebote sind an diese Zeitung zu richten unter Nr. 469.

10—15 tüchtige Tischler
auf eichen Schlafzimmer sofort für dauernd gesucht von
Steinheimer - Möbelfabrik
G. m. b. H.
Steinheim i. Westf.
Logis u. Wohnungen sind genügend vorhanden.

Suche auf sofort **tüchtige**
Maurer
und
Arbeiter
nach **Marienfeld** bei Gütersloh.
Joseph Krane,
Baugeschäft,
Herzebrock.

Suche auf sofort oder später
30 Arbeiter,
darunter
10 Ziegler.
Zu melden bei
Fr. Schumacher,
Bergen-Bochum 5.

Suche für eine Dampfziegelei nach **Düren** (Rhl.)
1 tüchtigen Heizer
4 Jungen
sämtliche Leute
zur Bedienung der Presse, gegen hohen Lohn; alle 14 Tage Löhnung.
Meldungen sind zu richten an:
Heinrich Bartling
Ziegelmeister
Duisburg-Wanheim
Ehingerstraße 400.

Hausdiener
sofort gesucht.
Aug. Stüssel,
Hofmöbelfabrik.

Einen fixen
Jungen
zum sofortigen Eintritt auf dauernde Beschäftigung suchen
G. A. Landwermann & Co.,
Papierwarenfabrik.

Kindermädchen
unter 14 Jahren gesucht.
Conditorei Dresing,
Lübberstraße 7.

Abgeschlossene Wohnung

von 5 Zimmern, Gas und Wasserleitung, nebst Zubehör (10 Minuten vom Bahnhof) zum 1. April zu vermieten.

Oetinghauserstr. 37.